

19.12.03

Unterrichtung

durch den
Deutschen Bundestag

Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 84. Sitzung am 19. Dezember 2003 aufgrund des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/2265 – den Einspruch des Bundesrates gegen das

Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften
– Drucksache 15/350 –

mit der nach Artikel 77 Abs. 4 des Grundgesetzes erforderlichen Mehrheit zurückgewiesen.